



Medienmitteilung 30/15

Thema:	Parolenfassung 2. Gotthardröhre und Durchsetzungsinitiative
Rückfragen	Beat Hiller, beat.hiller@grunliberale.ch , 078 688 71 30
Absender	Beat Hiller, Präsident glp AG
Datum	15.11.2015

Die Grünliberalen Kanton Aargau sprechen sich einstimmig gegen die Durchsetzungsinitiative aus und lehnen den Bau einer zweiten Gotthardröhre deutlich ab.

Aus Sicht der Grünliberalen ist die Initiative für die Umsetzung der Verfassungsbestimmungen zur Ausschaffung unnötig. Das geänderte Strafgesetzbuch und das revidierte Militärstrafgesetz sind seit dem 8. Oktober 2015 bereits in Kraft (die quasi als Gegenentwurf entstandene Verschärfung des Strafrechts mit Wiedereinführung des Landesverweises). Noch wenn eine weitere Verschärfung der Ausschaffungspraxis dem Volkswillen entspräche, so wäre die Durchsetzungsinitiative als Mittel zur Verschärfung völlig ungeeignet. Sie verstösst gegen grundlegende Prinzipien unseres Rechtsstaates und steht in fundamentalem Widerspruch zu anderen, nach wie vor geltenden Normen des Völkerrechts und des schweiz. Verfassungsrechts. Durch die Einführung von Automatismen wird das grundlegende Prinzip der Verhältnismässigkeit ausgehebelt. Deshalb lehnen die Grünliberalen Kt. AG anlässlich ihrer Mitgliederversammlung vom 13.11.2015 diese Initiative einstimmig ab.

Ebenso deutlich spricht sich die glp Kt. AG gegen den Bau einer zweiten Gotthardröhre aus. Die Grünliberalen halten das Projekt gar für irrsinnig. Nicht nur, dass unsere Bundesverfassung grundsätzlich den Bau einer zweiten Gotthardröhre verbietet und mit dem Projekt dem Volkswillen widersprochen wird, denn der Gotthard ist kein Engpass in unserem Nationalstrassennetz. Das ganze Projekt belastet unsere Staatskasse mit über 5 Milliarden Schweizer Franken. Die Sanierung mit einem provisorischen Auto- und Lastwagenverlad über die Betriebsdauer hinweg würde höchstens 3 Milliarden Franken kosten. Mit einer 2. Röhre greift der Staat tief in unsere Taschen – ohne sichtbaren Nutzen: Werden wie versprochen nur zwei Spuren für den Verkehr freigegeben, so bleiben die Staus ganz einfach bestehen. Weiter würde das Geld an allen Ecken und Enden für die wirklich dringenden Strassensanierungen in der Schweiz fehlen.